



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/202 - 31.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

| | |
|---|------|
| Zum Hirtenbrief der katholischen Bischöfe | S. 1 |
| Die USA-Gewerkschaften und Eisenhower | S. 3 |
| Alarmstimmung bei den Kriegsbeschädigten | S. 5 |
| Die Verhaftungen sowjetzonaler Agenten | S. 7 |

Bekanntnis zur sozialen Verantwortung

Von Willi Eichler

Die katholischen Bischöfe Deutschlands haben am Sonntag vor der Wahl einen Hirtenbrief herausgegeben, der von den Kanzeln verlesen wurde. Angesichts der konkreten Fragen, die vor dem Wähler in dieser Zeit stehen: Die Lösung der sozialen Spannungen, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Überwindung der Kriegsfurcht, mutet es zunächst befremdlich an, daß die Bischöfe auch solche Fragen anschneiden, die für die nächste Legislaturperiode des Deutschen Bundestages kaum eine Rolle spielen werden.

Die leidige Schulfrage, die in dem Aufruf der katholischen Bischöfe eine Rolle spielt, ist der Zuständigkeit des Bundestages überhaupt entzogen. Und man wird selbst im Aufbau des deutschen Schulwesens in den Ländern nur mit einiger Übertreibung davon sprechen können, daß "der Kampf um das Elternrecht" in der Deutschen Bundesrepublik "von neuem entbrannt sei". Die Eltern haben heute nicht nur das verfassungsmäßig garantierte, sondern das faktische Recht, die Erziehung ihrer Kinder mitzugestalten. Insbesondere gilt dies für die religiöse Erziehung. Sie kann in einem religiös gespaltenen Volk, das verschiedene weltanschauliche Bindungen eingegangen ist, überhaupt nicht schlechthin Sache des Staates sein, der zwar einen konfessionell getrennten Religionsunterricht garantieren, der eigentlichen religiösen

Erziehung aber nur den Weg offenhalten kann. Für diese religiöse Erziehung selber haben wir die Institutionen der Familie, der religiösen Jugendverbände und der Kirchen. Nirgendwo ist, mit Ausnahme der Hitlerzeit, in das Recht dieser Einrichtungen auf die Freiheit der religiösen Erziehung eingegriffen worden. Und von keiner der großen Parteien droht diesem Recht heute eine Gefahr.

Man kann im großen und ganzen sagen, daß auch die Schulfrage bei gegenseitiger Bemühung um eine tolerante Haltung und bei einer Vertiefung der Achtung Andersdenkender gelöst werden könnte. Wenn die Bischöfe meinen, diese Toleranz zeige sich besonders dort, wo christliche Mehrheiten regieren, so scheint uns dies mit den Tatsachen nicht ganz übereinzustimmen. Wir möchten dabei nur auf das Beispiel Spaniens hinweisen, in dem nicht einmal christliche Bekenntnisse vor staatlicher und anderer Unterdrückung sicher sind.

Die Bischöfe machen sich Sorge um die Verchristlichung des privaten und öffentlichen Lebens. Diese Sorge kann man verstehen. Die Politik der jüngsten Jahre war einer solchen Verchristlichung keineswegs sehr dienlich. Der Staat als solcher kann ja diese Verchristlichung nicht gleichsam anordnen. Sie kann nur gefördert werden dadurch, daß die Beziehungen der einzelnen Glieder unseres Volkes zu einander auf eine Basis gestellt werden, die einer Entwicklung christlichen Lebens fruchtbaren Boden gibt. Und gerade hier deuten die Bischöfe auch an, daß sie "angesichts der allgemeinen Lage in der Welt, der Spannungen im eigenen Volk, sowie der Lage derer, die heute noch bittere Not leiden", die große Verantwortung fühlen, ihre Stimme zu erheben.

Hier legt man in der Tat den Finger auf die schwärende Wunde unseres Gesellschaftslebens. Der Krieg zerstört ja nahezu alle natürlichen Bindungen, die sich in einem gesitteten Volk ergeben haben. Er zerstört die Familie unmittelbar, indem er sie auseinanderreißt, sie des Ernährers beraubt, indem er ihn jahrelang von seinen Familienpflichten fern hält, er gefährdet die Erziehung der Kinder, er zerrüttet das sittliche Gefühl und bringt das soziale Gefüge der staatlichen Gemeinschaft in Unordnung. Aber auch die Nachkriegszeit hat wenig dazu beigetragen, den Sinn für Solidarität, für soziale Gerechtigkeit und für

die Liebe des Nächsten zu stärken. Der Kampf aller gegen alle, wie er im Kriege die Völker aufeinander hetzt, wird im sozialen Leben fortgeführt durch den Kampf der verschiedenen Klassen gegeneinander. Die Lasten des Krieges sind unverhältnismäßig scharf auf die Schultern der Schwächsten abgewälzt worden und der wirtschaftliche Aufstieg, wie er sich in der Aufbringung von 80 Milliarden DM für private Investitionen zeigt, ist fast nur den besitzenden Schichten zugute gekommen, die diese Entwicklung für sich mit Recht als ein "Wunder" ansehen ! Die Industriearbeiterschaft hat zwar dank großer und wirksamer Organisationen ihre Lage einigermaßen erträglich gestalten können, aber das große Heer der Kranken, Rentner, der Arbeitslosen und der Jugendlichen, auch der Deportierten und Kriegsgeschädigten leidet noch immer bittere Not. Für sie ist der soziale Gehalt der angeblich sozialen Marktwirtschaft ein blutiger Hohn geblieben. Ohne eine echte Anstrengung unserer gesetzgebenden Gewalten zum gerechten Ausgleich der Gegensätze aber wird der sozialen Seite der Verpflichtung aus der christlichen Botschaft heraus nicht nachgekommen werden können. Nur wenn sich das Gefühl für diese Verpflichtung in der Sozialgesetzgebung des Bundes zeigt, wird der Appell an die Verchristlichung eines Volkes seinen Widerhall gefunden haben. An diese Kräfte ist der Appell also eigentlich gerichtet ! Die Verchristlichung des Volkes wird eine Antwort sein auf eine Gesetzgebung, die selber von den sozialen Grundsätzen des Christentums geleitet wird.

Daran aber hat es bis heute entscheidend gefehlt. Die Sozialdemokratische Partei hat gerade auf diese Zusammenhänge immer wieder hingewiesen. Und sie begrüßt deshalb die wachsende Erkenntnis der Kirchenleitungen, wie sie sich auch in dem Hirtenbrief zeigt, die Parteien auf die sittliche Verpflichtung zur sozialen Haltung im öffentlichen Leben hinzuweisen.

+ + +

Die USA-Gewerkschaften kritisieren die Republikaner

O.L.-New York, Ende August

Labor Day (Arbeitertag), der erste Montag im September, ist in Amerika zwar kein Arbeiterfeiertag wie der 1. Mai in Europa - aber doch der Tag wichtiger Arbeiterkundgebungen und der Auftakt zur politischen Herbstarbeit, besonders in politisch wichtigen Jahren. In diesem Jahr wird der Arbeitertag durch eine große, gemeinsam von der American Federation of Labor (AFL) und dem Congress of Industrial Organizations (CIO) in Detroit, der Automobil-Hauptstadt, veranstaltete Kundgebung gekennzeichnet, bei der der frühere Präsident Harry S. Truman der Sprecher sein wird. Er hat sich, seitdem er das Weiße Haus verlassen hat, große Zurückhaltung auferlegt. Daß er nun zum ersten Mal in einer großen Kundgebung vor Arbeitern am Arbeitertag spricht, ist ebenso sehr eine wichtige Demonstration wie die Tatsache, daß die vereinten Arbeiterorganisationen von Detroit den früheren demokratischen Präsidenten als Redner eingeladen haben.

Diese Tatsache bringt sehr deutlich zum Ausdruck, daß acht Monate republikanischen Regimes nichts an der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und dem fortschrittlichen Demokraten der Truman-Stevenson-Richtung geändert haben und daß Präsident Eisenhower und die Republikaner, wenn sie überhaupt jemals ernstlich versucht haben sollten, Sympathien in der amerikanischen Arbeiterbewegung zu gewinnen, dabei bisher keinen sichtbaren Erfolg erzielt haben.

Die Gewerkschaften sind nicht zufrieden. Sie kritisieren sowohl den Kongreß und seine Gesetzgebungsmaßnahmen wie gewisse Verfügungen des Präsidenten und insbesondere mancher seiner Kabinettsmitglieder. Sie wenden sich gegen den allgemeinen wirtschaftspolitischen Kurs. Die AFL hat sich wiederholt gegen die Politik des "harten Geldes" ausgesprochen, die bisher hauptsächlich das Ergebnis hatte, die Kosten für die Verzinsung der sehr großen Bundesschuld zu erhöhen. Das bedeutet wesentlich höhere Zinseneinnahmen für die großen Banken, dagegen hat die AFL wiederholt protestiert. Sie hat insbesondere darauf verwiesen daß eine Administration, die Steuern ermäßigen und Ausgaben senken will, mit ihren eigenen Grundsätzen in Widerspruch gerät, wenn sie ohne Not die Zinssätze erhöht. Die AFL hat sich auch sehr scharf gegen die Wohnbau- und Mietzins-Politik der Republikaner gewendet. Die Erhöhung der Mietzinse und das vom Kongreß beschlossene Gesetz, das den öffentlichen Wohnungsbau ein Ende bereitet, hat den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften hervorgerufen.

Eine dritte Gruppe von Maßnahmen der Republikanischen Administration, die von allen Gewerkschaftsorganisationen scharf getadelt wird, ist das, was man in den letzten Monaten "Give Away" (wegschenken) nennt. Damit meinen die Gewerkschaften jene Politik, die zum Beispiel darin besteht, die überaus reichen Unterwasser-Ölquellen in der Nähe der Küste verschiedener Staaten diesen und damit privaten Ölgesellschaften zu übermitteln oder privaten Elektrizitätsgesellschaften große Wasserkraftprojekte auszuliefern. Die amerikanischen Gewerkschaften werden sich gegen eine Politik, die das Großkapital auf der ganzen Linie offenbar begünstigt und ihm wichtige Vermögensstücke der Nation ausliefert.

Der Congress of Industrial Organizations (CIO) hat in den letzten Tagen in Washington eine Tagung seiner in den "Politischen Aktionskomitees" (PAC) tätigen Funktionäre abgehalten und die Verstärkung der politischen Aktivität der dem CIO angeschlossenen Organisationen für notwendig erklärt. So beginnen die Gewerkschaften frühzeitig, die Kongress-Wahlen des November 1954 vorzubereiten.

Einer der Gründe der Unzufriedenheit der Gewerkschaften ist die Unergiebigkeit der Gesetzgebungsarbeiten auf dem Gebiete des Arbeits- und Gewerkschaftsrechtes. Präsident Eisenhower hatte eine Verbesserung des Taft-Hartley-Gesetzes - und zwar eine Verbesserung vom Standpunkt der Gewerkschaften und der Arbeiter - versprochen. Aber die Entwürfe, die nach monatelangen Beratungen im Kongress zirkulierten, hätten in vielen Punkten eine nicht ungefährliche Verschlechterung bedeutet. Schließlich faßte der Präsident auf Rat seiner engsten Mitarbeiter seine eigenen Vorschläge in einer Botschaft an den Kongress zusammen. Im wesentlichen handelte es sich um Vorschläge, die den Wünschen der Gewerkschaften entgegenkamen, wenn sie auch die Bestimmungen, gegen die die Gewerkschaften am schärfsten protestierten, unangetastet ließen - wie vor allem die Gerichtsverfügungen gegen streikende Arbeiter und deren Gewerkschaften. Während aber Entwürfe dieser Vorschläge des Präsidenten zirkulierten, protestierten die konservativen Republikaner unter der Führung von Eisenhowers eigenem Vizepräsidenten Nixon und vor allem die großen Unternehmervverbände so entschieden, daß Eisenhowers Entwurf zurückgezogen wurde. Er vermied es wie so oft in seiner bisher achtmonatelangen Präsidentschaft, zu den Konservativen in seiner Partei in Gegensatz zu geraten. Verstärkte politische Aktivität gegen die Republikanischen Konservativen ist der Ausdruck der gewerkschaftlichen Opposition gegen das Eisenhower-Regime.

Auch die "Armee auf Krücken" will einen besseren Bundestag
Alarmstimmung bei den Kriegsbeschädigten - "Aktion 86/3"
 als Anlaß - Neue Rentengesetze "ohne fühlbare Erleichterung"

In den Reihen der Kriegsoffer, der "Armee auf Krücken", wie sie sich selbst nicht ohne bittere Ironie nennen, herrscht Alarmstimmung. Die neue, vor der Wahlpause im Eiltempo von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Rentengesetzgebung wird als unbefriedigend bezeichnet. Vor allem aber werden in zunehmendem Maße Kriegsoffer von einer Welle neuer ärztlicher Untersuchungen erfaßt und, wie es scheint, streng gesiebt, mit neuer Rentenbescheiden eingestuft oder von weiteren Rentenbezügen ausgeschlossen. Was geht hier vor? Weshalb wünschen sich auch die Kriegsoffer auf ihren Versammlungen und in ihren Verbandszeitschriften nahezu einheitlich einen "besseren Bundestag"?

Durch das in Eile vor der Wahlpause von Bundestag und Bundesrat verabschiedete neue Schwerbeschäftigtengesetz und die Rentenneuordnung wird die alte Frontstellung um das Kriegsofferproblem nur unwesentlich beeinflusst. Auf der einen Seite stehen die Kriegsoffer selbst, die sich in ihren Rentenbezügen durch die z.Zt. im Gang befindliche "Aktion 86/3" (dem § 86, 3 des Bundesversorgungsgesetzes nachbenannt) bedroht fühlen. § 86, 3 besagt, daß sämtliche Kriegsrentenempfänger einer an sich schon seit drei Jahren fälligen gründlichen (Versorgungsamts-)ärztlichen Untersuchung bis Ende September 1953 unterzogen werden müssen. Aufgrund dieser Bestimmung - der Termin wurde erst neuerdings um ein Jahr, d.h. bis Ende September 1954 hinausgeschoben - kam es zu ungewöhnlich intensiven, medizinischen Überprüfungen mit entsprechend häufigen, meist harten Rentenaufhebungen oder - Neueinstufungen. Die Front der Kriegsversehrten prägte das Wort von den wiedererstandenen "Kv-Maschinen" oder den "Komisknäppeln im weißen Kittel".

Diese Ärzte aber verweisen auf ihre mit erstklassigen diagnostischem Material ausgestatteten Untersuchungsstationen in den Versorgungsämtern, und die Leiter dieser Ämter - Front Nr.2 - weisen entschieden den Vorwurf zurück, daß ihre meist als Medizinalräte besoldeten "Kv-Schreiber" Ärzte seien, die aus "Untauglichkeit" für die freie Patientenpraxis schließlich auf ihren jetzigen Posten gelangt seien. Dazu dient z.B. in Düsseldorf, der Hauptstadt des Landes mit den meisten Versorgungsberechtigten der Bundesrepublik, als Argument, daß im dortigen "VA" mehrere Professoren und Universitätsdozenten, insgesamt 20 Ärzte, beschäftigt seien, von denen die maßgeblichsten früher großen Kliniken nicht selten in der Sowjetzone, als Chefärzte vorstanden. Die Leiter

der Versorgungsämter verwehrt sich übrigens strikt dagegen, daß sie höheren Orts Auftrag hätten, die Renten zu "quetschen" oder daß sie mit einem bestimmten, für ihr Betreuungsgebiet gültigen Etat auszukommen hätten. "Wir sind nur dem Gesetz verantwortlich", erklären sie, "wie jeder Richter urteilen und untersuchen wir nach dem gültigen Gesetz; einen Etat kennen wir überhaupt nicht! Zwar wissen wir, daß der Gesamtetat für die Kriegsofferrenten des Bundesgebietes bei 3 bis $3\frac{1}{2}$ Mrd. M. liegt (und vom Arbeitsministerium festgelegt wird), aber es ist völlig irrig anzunehmen, daß die regionalen 'V.A.' etwa Rentenzuerkennungen nach einer bestimmten, begrenzten Gelddecke zu strecken hätten."

Front Nr. 3 ist leider keine geschlossene Einheit, nämlich ein einziger, in sich einiger Interessenverband der Kriegsoffer, sondern besteht aus zahlreichen solcher Verbände - "wie Sand am Meere", kennzeichnet der Geschäftsführer eines Großstadtbereiches des "VdK" (Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands, der größte dieser Art) diese unerfreuliche Situation. Die vielfältige Interessenvertretung mag mit daran schuld sein, daß die Kriegsbeschädigten, die ihre Belange nicht selbst wahrnehmen können, ihr Vertrauen zu solchen Verbänden nicht eben selten verlieren, weil sie unterschiedliche Parolen, gegensätzliche Kommentare oder Hinweise vernehmen.

In der Bundesrepublik leben etwa 1,6 Millionen Kriegsbeschädigte, 1,2 Millionen Witwen, 1,4 Millionen Halbwaisen, 60000 Vollwaisen (sämtlich als Kriegsoffer im "normalen" Sinne). Dazu kommen rund $1\frac{1}{2}$ Million Elternteile bzw. -paare, die als versorgungsberechtigt anerkannt worden sind. Von diesen insgesamt 4,7 Millionen beziehen etwa 1,5 Millionen Menschen laufend Rente. Unter den Kriegsbeschädigten befinden sich 80000 Leicht- und 70000 Schwerbeschädigte (Erwerbsminderung von 50% und mehr). Hier haben wir die "Armee auf Krücken", denn das Gros dieser Gruppe bilden die "70prozentigen", vor allem die Oberarm- und Oberschenkelamputierten mit einer Zahl von 170000. Dazu gehören auch in der Mehrzahl die Hirnverletzten, etwa 100000, um die gegenwärtig harte Diskussionen entbrannt sind, weil "anlagebedingter" oder "schicksalsmäßiger" Verlauf der Gehirnerkrankungen über Bestätigung oder, häufig nachträgliche, Versagung des Rentenanspruchs entscheiden. (So wurden jetzt z.B. Männer ausgemustert, d.h. sie verloren ihre Rente, die noch aus Weltkrieg I Renten wegen Verschlüßungen bezogen; man hatte neuerdings entdeckt, daß ihre Hirnerkrankungen genuin=angeboren=anlagebedingt seien!) - Von Seiten der zuständigen Ärzte wird auch darauf

hingewiesen, daß unter den bisherigen Rentenempfängern ein hoher Prozentsatz Dystrophiker war, von Hungererkrankten und Eiweißmangelgeschädigten also, die aus russischer Gefangenschaft heimkehrten und inzwischen wieder gesund sind. Tbc und Rheuma seien weitere Erkrankungen, die solche Grenzfälle im Rentenbescheid darstellen können.

Die Zahl der unerledigten Anträge auf Auszahlung einer Kriegsrente beträgt im Bundesgebiet bisher 800000; in Nordrhein-Westfalen sind es relativ und absolut die meisten: 21000 Rentenempfängern stehen dort 97000 "Aktenfälle" gegenüber, außerdem 3500 Einsprüche gegen ergangene Renteneinstufungen bzw. -aufhebungen! Die Zahl der noch auszuhandelnden Proteste in ganz Westdeutschland kann nur geschätzt werden; man sagt, sie dürfte nahe bei einer Million liegen.

H.K.

+ + +

Das Ostbüro der SPD gab den Anstoß

(sp) In der Berichterstattung über die aufsehenerregende Verhaftungsaktion gegen Tausende von sowjetzonalen Agenten, die in den letzten Tagen mit vollem Erfolg vom Grenzschutz und den Polizeibehörden durchgeführt werden konnte, ist bisher ein politisch interessanter Umstand so gut wie vollkommen überschen (oder unterschlagen) worden: Dieses schnelle Zugreifen wurde durch Informationen des Ostbüros der SPD ausgelöst. Dieses Büro hatte durch seine Vertrauensleute erfahren, daß vom Politbüro der SED die Anweisung an den Zentralrat der FDJ gegeben worden war, in den letzten Tagen vor der Wahl in Westdeutschland ca. 10000 FDJ-Funktionäre als "Wahlhelfer" für die KP in die Bundesrepublik einzuschleusen.

Die Wahlpropaganda der Regierungspartei liebt es, die SPD immer wieder geheimnisvoller Beziehungen zum Osten zu verdächtigen. Den Höhepunkt dieser unsauberen Manöver bildeten die Verleumdungen des Bundeskanzlers selbst über angebliche finanzielle östliche Zuwendungen an Sozialdemokraten "auf Kreisebene", deretwegen Dr. Adenauer eine einstweilige Verfügung gegen sich hinnehmen mußte. Für die politischen Freunde des Kanzlers wäre die Verhaftung der Sowjetzonen-Agenten eine gute Gelegenheit gewesen, hier etwas von dem verlorengegangenen moralischen Terrain wieder aufzuholen mit der klaren Feststellung, daß das Ostbüro der SPD den Anstoß zur Aufdeckung des massiven Propagandavorstoßes nach Westdeutschland gegeben hat. Das ist mit keinem Wort und keiner Andeutung geschehen, wohl deshalb nicht, weil eine solche Klarstellung die eigenen Behauptungen über gelegentliche sozialdemokratisch-kommunistische Kontakte schlagend widerlegt hätte. Es ist bedauerlich aber bezeichnend, daß man auf Seiten der Regierung von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht hat: Es hätte nur ein bißchen Mut zur Wahrheit bedurft - mehr nicht.

Verantwortlich: Peter Raunau